

## Krisen und ihre Interpretationen Die Weltwirtschaftskrisen 1929 und 1974 im Vergleich. Das Beispiel Österreich

### 1. Krisen als interpretierte Sachverhalte

Krisenvergleiche werden alltäglich angestellt. Wenn davon die Rede ist, daß „es wieder so kommen wird wie 1929“, oder wenn gesagt wird, daß sich in der gegenwärtigen Krise ganz neue Chancen ergeben – in jedem Fall wird die Krise der Gegenwart im Vergleich zu einer historischen Krise, der Weltwirtschaftskrise 1929ff., interpretiert.<sup>1</sup> Damit können wir bereits ein wichtiges Merkmal von Krisen festhalten: Charakteristikum von gesellschaftlichen Krisensituationen ist, daß in ihnen über Krisen geredet wird. Wir knüpfen daran die grundlegende These unserer Untersuchung: Eine historische Situation wird erst dann zur Krise, daß sie von den Akteuren in dieser Situation als Krise interpretiert wird. Daraus folgt, daß Krisen nur als bereits in der Praxis interpretierte Sachverhalte zum Gegenstand der Sozialwissenschaften werden können.

Unsere These zwingt uns zu einer aufwendigen Bestimmung dessen, was wir im sozialwissenschaftlichen Sinn als Krise bezeichnen wollen. Die sozialwissenschaftliche Verwendung des Krisenbegriffs soll an die folgenden Voraussetzungen gebunden sein: Gegeben ist eine Differenz zwischen Ansprüchen und dem gesellschaftlichen Potential zur Anspruchserfüllung. Die davon Betroffenen nehmen diese Differenz wahr und setzen Interpretationen darüber in Umlauf. Wesentliche Merkmale dieser Interpretationen sind: Die Problemkonstellation wird als (in weitem Sinne) gesellschaftlich verursacht angesehen, und es herrscht die ungeduldige Überzeugung, daß sich an ihr etwas ändern muß. Geht es nicht einfacher? Wir versuchen mit einem kurzen Gedankenexperiment zu zeigen, daß es nicht einfacher geht.

Ein Individuum befindet sich in einer ökonomisch schlechten Lage. Seine Möglichkeiten sind eng begrenzt, es muß sich in einem sehr bescheidenen Rahmen einrichten. Ist das eine Krise? Gewiß nicht. Es handelt sich um eine individuelle Lebenssituation von der wir – mangels näherer Angaben – nicht einmal wissen, ob sie vom betroffenen Individuum als Situation des Mangels

erfahren wird. Um darüber etwas sagen zu können, müssen wir unser Experiment mit zusätzlichen Annahmen anreichern. Wir nehmen nun zusätzlich an, daß das Individuum, an günstigere Verhältnisse gewöhnt, in die Situation des Mangels hineingeraten ist und dies darum auch merkt. Zahlreiche seiner Wünsche, Bedürfnisse, Interessen bleiben unbefriedigt. Ist das eine Krise? Wohl auch nicht. Ohne Zweifel erlebt das Individuum den Zustand einer Diskrepanz zwischen seinem gewohnten Anspruchsniveau und dem ihm verfügbaren Potential der Anspruchserfüllung. Es erlebt „Deprivation“.<sup>2</sup> Was aber ergibt sich daraus an gesellschaftlichen Konsequenzen? Kaum etwas. Denn wir haben in unserem Experiment bisher keinen Anhaltspunkt dafür, ob und wie das betroffene Individuum sich ein Bild von seiner Situation macht. Solange das Individuum seine Situation nicht interpretiert, gibt es aber keinerlei Möglichkeit, zu schließen, wie das betroffene Individuum in seiner Situation handelt. Ohne Handeln aber bleibt die Erfahrung des Individuums sozial folgenlos. Jedoch auch wenn wir nun noch zusätzlich annehmen, daß das Individuum sich von seiner Situation ein Bild macht, folgt daraus sozial kaum etwas, solange nicht zugleich die weitere Annahme in das Experiment eingeführt wird, daß sich das Individuum über seine Interpretation der Situation mit anderen Individuen verständigt. Denn ohne solche Verständigungsprozesse können Verschlechterungen in individuellen Lebenslagen nicht anders denn als jeweilige Einzelschicksale – und das heißt: ohne Bezug auf Subjekt-Externes, gar: Gesellschaft – begriffen werden. Insbesondere wäre es ohne Verständigungsprozesse unmöglich, zu kollektiven Situationsinterpretationen zu kommen. Die sozialen Folgen verschlechterter Lebenslagen würden in den isolierten Subjekten gleichsam versickern. Von „Krise“ könnte allenfalls als „Klagesyndrom“<sup>3</sup> die Rede sein.

Zum einen ist im Begriff von Krise, soll er sozialwissenschaftlich tragfähig sein, ein gewisses Maß an Kriseninterpretation immer schon impliziert. Und zwar handelt es sich dabei um Interpretationsleistungen, die von den kriseninvolvierten Subjekten selbst erbracht werden. „Krise ist in der Regel das, was das Publikum als solche versteht.“<sup>4</sup> Die vielfältigen Bemühungen, die Existenz „objektiver“ Krisen wissenschaftlich nachzuweisen, sind nie mehr als Analysen gesellschaftlicher Konstellationen, in denen für das Eintreten einer Krise eine gewisse Wahrscheinlichkeit spricht. Bezeichnet die Sozialwissenschaft eine solche Situation als „Krise“, so artikuliert sie eine, wenn auch vielleicht methodisch kontrollierte, Erwartung. Mehr nicht.<sup>5</sup> Zu einem Krisentheorem vervollständigt werden solche Analysen immer erst durch Annahmen über Anspruchs- und Konfliktpotentiale, die an eine als Krise interpretierte Situation anknüpfen. Krisen werden also zum Gegenstand der

Sozialwissenschaft als bereits interpretierte Sachverhalte. Dagegen wäre der Versuch, mit wissenschaftlichen Mitteln eine Situation als „objektive Krise“ zu klassifizieren und der interpretierenden Alltagserfahrung logisch vorzuordnen, ein theoretisches Ünding. Sozialwissenschaftliche Krisentheorie ist darauf angewiesen, die Kriseninterpretationen der kriseninvolvierten Subjekte aufzunehmen.

Zum anderen muß man sich freilich davor hüten, die Konzeptualisierung von Krisentheorie in die Beliebigkeit gedanklicher Konstrukte zu entlassen. Dies wäre schon deshalb verfehlt, weil diese Konstrukte keineswegs beliebig sind. Vielmehr handelt es sich bei den Kriseninterpretationen ja um Kondensate von Erfahrungen, die von den Betroffenen im Umgang mit realen (wirtschaftlichen) Gegebenheiten gemacht werden. Daraus wiederum folgt, daß sozialwissenschaftliche Krisentheorie zentral als der Versuch angelegt sein muß, Aussagen über gesellschaftliche Strukturmerkmale mit Aussagen über subjektseitige Handlungsdispositionen zu verknüpfen. Mit anderen Worten: Sozialwissenschaftliche Krisentheorie muß in der Lage sein, Prozesse auf der Ebene von Systemintegration und Prozesse auf der Ebene sozialer Integration<sup>6</sup> analytisch miteinander zu verknüpfen. Bezieht man die Konzeptualisierungsprobleme einer sozialwissenschaftlichen Krisentheorie auf die Reproduktionsprobleme kapitalistischer Marktgesellschaften, so heißt das: Krisentheorie muß sowohl ökonomische Funktionsprobleme samt darauf bezogener staatlicher Intervention als auch die Veränderungen materieller Lebenslagen, die sich ändernden Gesellschaftsinterpretationen und Interessen erfassen.<sup>7</sup>

Aber die Interpretationen von Krisen sind nicht nur in dem Sinn von Bedeutung, daß sich das Phänomen überhaupt erst als interpretiertes der sozialwissenschaftlichen Analyse erschließt. Da Krisen „offene Situationen“<sup>8</sup> sind, sind sie zugleich auch Phasen intensiver politischer Auseinandersetzung und verschärfter Interessenkonflikte. Schon der Umstand, daß eine bestimmte historische Situation als Krise bezeichnet wird, ist ein Politikum; legt die Überzeugung, in einer Krise zu leben, den Zeitgenossen doch andere Verhaltensweisen als die „normalen“ nahe. „Der Begriff Krise ist unvermeidlich ein politisches Instrument.“<sup>9</sup> Und erst recht sind im Verlauf von Krisen Auseinandersetzungen über ihre Interpretation von zentraler Bedeutung. Denn über das Wissen, daß Krisen interpretierte – und darum: zu interpretierende – Sachverhalte sind, verfügen auch die kriseninvolvierten Akteure. Durch Interpretationen ökonomischer und sozialer Zusammenhänge wird über Durchsetzungschancen von Interessen in der Krise vorentschieden und es werden Krisenverläufe beeinflusst.<sup>10</sup> Darum sind die Interpretationen der

Krise selbst zentraler Gegenstand gesellschaftlicher Konflikte in der Krise. Darauf konzentriert sich unsere Untersuchung.

### 2. Zum Plan der Untersuchung

Die folgenden Ausführungen zur Krise und Kriseninterpretation in Österreich, vergleichend für die Zeit 1929ff. und 1974ff., beruhen auf einem umfangreichen Forschungsprojekt.<sup>11</sup> Unser Schwerpunkt liegt hier auf dem Vermittlungszusammenhang von ökonomischer und politischer Entwicklung einerseits und den subjektseitigen Reaktionen andererseits. Darum nimmt hier die Analyse der Krisendeutungen der Betroffenen einen zentralen Stellenwert ein. Denn genau diese Deutungen sind das verbindende Glied zwischen „objektiver Realität“ und „Handeln“. „Nicht bewußt gemachte kritische Konstellationen und ihre Auflösung sind also keine Krisen im wirklichen Sinne. Sie sind allenfalls Krisen an sich, latente Krisen, um einen anderen Ausdruck zu benützen. Kritische wirtschaftliche Konstellationen werden zu wirklichen Krisen, zu Krisen für sich, wenn sie von den Teilnehmern des Prozesses als solche erfahren und bezeichnet werden, wenn Krisenstimmung herrscht, sich Krisenbewußtsein ausbreitet.“<sup>12</sup>

Wir beginnen mit einer kurzen Darstellung der historischen Krisenvoraussetzungen. Krisen werden vor dem Hintergrund von Erfahrungen, welche in der Zeit vor der Krise gemacht wurden, als solche interpretiert. Das Verstehen von Kriseninterpretationen führt also über den Weg einer Rückbesinnung auf die Situation vor der Krise, die Krisenvoraussetzungen.<sup>13</sup> Dann stellen wir die Verläufe der Krisen 1929ff. und 1974ff. anhand einiger Daten zur ökonomischen und sozialen Entwicklung in Österreich dar. Anschließend entwickeln wir eine Typologie von Kriseninterpretationen. Kriseninterpretationen der Betroffenen aus der ersten Weltwirtschaftskrise lassen sich heute nicht mehr erfragen. Um die Vergleichbarkeit der Interpretationen in beiden Krisen sicherzustellen, haben wir uns entschlossen, unsere Untersuchung auf Kriseninterpretationen in Tageszeitungen zu stützen. Dabei gehen wir davon aus, daß Kriseninterpretationen der Betroffenen durch die Tageszeitungen einerseits wiedergegeben und andererseits beeinflußt werden. Ersteres ergibt sich daraus, daß Tageszeitungen von ihren Lesern akzeptiert und gekauft werden müssen. Letzteres ergibt sich daraus, daß die von uns ausgewählten Tageszeitungen explizit gesellschaftspolitische Richtungen vertreten. Aus der Untersuchung der Kriseninterpretationen der Tageszeitungen

präsentieren wir ausgewähltes Material. Wir beenden unsere Untersuchung mit einer kurzen Überlegung zum Zusammenhang von Kriseninterpretationen und Interessendurchsetzung in der Krise.

### 3. Krisenvoraussetzungen

In welcher Weise hat sich die Ökonomie bis zu den beiden Weltwirtschaftskrisen entwickelt und auf welchem Niveau fand diese Entwicklung statt? Welche Einstellungen gegenüber dem politischen System prägten das politische Klima? Und wie stabil war jener notwendige Grundkonsens, vor dessen Hintergrund gesellschaftliche Interessenkonflikte, wie sie in Krisen typisch sind, sich erst austragen lassen, ohne systemdestruktiv zu wirken? Dies sind jene Fragen, entlang derer zunächst die Voraussetzungen der Krise in beiden Untersuchungszeiträumen betrachtet werden sollen.

*1918ff.*

„1918 übernahm die neugeschaffene österreichische Republik ein Wrack – mehr (oder besser gesagt: weniger) als das, den Torso eines Wracks.“<sup>14</sup> War schon die Wirtschaftsstruktur der Donaumonarchie durch die Erfordernisse dieses ersten technisierten Vernichtungskrieges überfordert, so wirkten die unmittelbaren Kriegsfolgen und die durch den Zerfall der Monarchie manifestierte Disproportionalität der ökonomischen Struktur „Deutsch-österreichs“ zusätzlich destabilisierend. Strukturelle wie regionale Ungleichgewichte, Schwierigkeiten in der Umstellung der Produktion auf den Friedensbedarf, die Blockierung des Außenhandels, die Desorganisation des Geldwesens und schließlich die gravierenden Mängel in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Brennstoffen bezeichnen die ökonomische Ausgangslage der Ersten Republik.<sup>15</sup>

Der Prozeß der Stabilisierung und Anpassung an den veränderten ökonomischen Rahmen stand im Zeichen dieser äußerst ungünstigen Ausgangslage. Im folgenden präsentieren wir einige Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Österreichs in den zwanziger Jahren. Wir wollen zeigen, in welcher ökonomischen Situation und vor welchem Erfahrungshintergrund die erste Weltwirtschaftskrise auftrat. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Ersten Republik lag bis zum Ende der zwanziger Jahre unter jener des Jahres 1913. Erst im Jahre 1927 wurde das Vorkriegsniveau wieder (knapp) erreicht.

## Krisen und ihre Interpretationen

*Tabelle 1: Das reale Brutto-Nationalprodukt der zwanziger Jahre<sup>16</sup>*

	In Millionen S zu Preisen von 1937	Änderungen gegenüber dem Vorjahr in %
1913	10.802	
1920	7.175	-33.5
1921	7.942	+ 9.7
1922	8.657	+ 8.3
1923	8.562	- 1.1
1924	9.565	+10.5
1925	10.211	+ 6.3
1926	10.387	+ 1.6
1927	10.697	+ 3.0
1928	11.194	+ 4.4
1929	11.358	+ 1.4

Die Arbeitslosigkeit in der Folge des Ersten Weltkrieges konnte zwar kurzfristig abgebaut werden, doch stieg sie bereits Anfang der zwanziger Jahre wieder an und erreichte schon vor dem Beginn der Weltwirtschaftskrise (1929) stets Werte über 8 Prozent.

*Tabelle 2: Die Arbeitslosigkeit der Zwanziger Jahre (Jahresdurchschnitte)<sup>17</sup>*

	Gesamtzahl der Arbeitslosen	Arbeitslosenrate in %
1919	414 000	18.4
1920	93 000	4.2
1921	31 000	1.4
1922	107 000	4.8
1923	203 000	9.1
1924	188 000	8.4
1925	220 000	9.9
1926	244 000	11.0
1927	217 000	9.8
1928	183 000	8.3
1929	192 000	8.8

Arbeitslose in % der Arbeitnehmer

Der Wertverfall der österreichischen Krone im Zeitraum von 1918 bis 1921 betrug 370 Prozent.<sup>18</sup> Das Inflationstrauma wurde, ähnlich wie im Deutschen Reich, zu einem bestimmenden Faktor der Politik. Die ungünstige ökonomische Entwicklung fand vor dem Hintergrund der Erinnerung an „bessere Zeiten“ – der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg – statt. Darum mußte schon die Zeit vor der ersten Weltwirtschaftskrise als eine Phase erlebt werden, in der zwischen den Ansprüchen und dem gesellschaftlichen Potential zur Anspruchserfüllung eine deutliche Differenz bestand. Es ist mehr als deutlich, daß die Erste Republik schon aufgrund der labilen ökonomischen Situation und des geringen Vertrauens in die Wirtschaftskraft dieses „Rest-Staates“ auf den Umgang mit der weltweiten Krise ab 1929 schlecht vorbereitet war.

Zu einem ähnlichen Befund kommt Polanyi (1979) für Deutschland. Er sieht vor der ersten Weltwirtschaftskrise eine unvereinbare Diskrepanz zwischen der Leistungsfähigkeit des ökonomischen Systems einerseits und den Verteilungsansprüchen, die um der Erhaltung „des sozialen Gefüges“ willen nicht zurückgewiesen werden konnten, andererseits. „Daß die wirtschaftlichen Schäden, die der Weltkrieg verursacht hatte, den durch die Erfüllung dieser Ansprüche bedingten Überverbrauch ausschlossen, darüber kann heute nicht der geringste Zweifel herrschen. Die Aufrechterhaltung des sozialen Gefüges erforderte also eine wirtschaftliche Unmöglichkeit.“<sup>19</sup> Ähnlich hat Borchardt den Weg in die Weltwirtschaftskrise als den Vorgang sich verschärfender Unvereinbarkeit von sozialintegrativ erforderlicher Anspruchserfüllung und systemintegrativ verkräftbaren Belastungen der Ökonomie dargestellt.<sup>20</sup>

Zwei Schlagworte bezeichnen das politische Klima der Zwischenkriegszeit: jenes von der „Lebensunfähigkeit“ Österreichs und das von der „Republik, die keiner wollte“. Schließt ersteres unmittelbar an die schwierige ökonomische Ausgangslage an, so umreißt letzteres die politisch-normative Dimension im engeren Sinne. Die Konstituierung der Republik war nicht das Resultat eines revolutionären Prozesses. Sie war vielmehr die hingenommene Folge des verlorenen Krieges; sie galt breiten Schichten der Bevölkerung als „Zwangsgebilde ohne geschichtliche, soziale oder wirtschaftliche Notwendigkeit“;<sup>21</sup> als „Hommenlus von der Entente Gnaden“.<sup>22</sup> „Die Konstituierung der provisorischen Nationalversammlung durch die deutsch-österreichischen Abgeordneten am 21. Oktober 1918 und ihr Beschluß, einen eigenen deutsch-österreichischen Staat zu bilden, war von keiner politischen Kraft angestrebt worden, vielmehr die unvermeidliche Reaktion auf die Selbständigkeitsentwicklungen der anderen Nationen.“<sup>23</sup>

Wohl galt den Sozialdemokraten, die 1918 zum vorübergehend bestimmenden Machtfaktor wurden, die Aufbauphase der Republik als „österreichi-

## Krisen und ihre Interpretationen

sche Revolution“, dennoch war auch diese programmatische Einschätzung keineswegs Ausdruck eines ausgeprägten „Nationenbewußtseins“ oder einer „Staatsidee“<sup>24</sup>, die etwa jener in Großbritannien oder Frankreich vergleichbar wäre. Keineswegs nur die „Großdeutsche Partei“, sondern auch die Sozialdemokratie „erstrebt(e) mit friedlichen Mitteln den Anschluß an die Deutsche Republik.“<sup>25</sup>

*1945ff.*

Der Vorlauf der „Krise“ 1974ff. zeigt in jeder Hinsicht ein diametral entgegengesetztes Erscheinungsbild: Trotz der enormen Schäden, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hatte, stand die Zweite Republik nicht vor einem Neubeginn, der mit jenem nach 1918 vergleichbar wäre. Die Nachkriegsentwicklung der österreichischen Wirtschaft konnte an die Prosperität von 1935 bis Kriegsbeginn und an den kriegsbedingten Ausbau der Industrie anknüpfen. Die enorme Aufnahmekapazität des Weltmarktes begünstigte nach dem Zweiten Weltkrieg die strukturelle und regionale Neuanpassung der österreichischen Wirtschaft.<sup>26</sup> Das Brutto-Nationalprodukt des Jahres 1963 lag bereits um 111 Prozent höher als jenes von 1913; dessen durchschnittliche Änderungsraten von 1950 bis 1975 lagen bei etwa 5 Prozent.

*Tabelle 3: Die durchschnittlichen jährlichen Änderungsraten des realen BNP<sup>27</sup>*

1950-1959	+ 5.7%
1958-1962	+ 4.8%
1962-1967	+ 4.4%
1967-1975	+ 4.6%

Die Raten der Arbeitslosigkeit blieben ab 1960 unter 3 Prozent, von 1970 bis 1977 unter 2 Prozent.

Tabelle 4<sup>28</sup>

	Arbeitslose	Arbeitslosenrate in %
1947	52 700	2.7
1950	158 700	6.2
1953	183 500	8.7
1956	115 100	5.1
1959	104 700	4.5
1962	61 700	2.6
1965	61 500	2.5
1968	61 500	2.6
1969	55 200	2.3
1970	45 100	1.9
1971	37 000	1.5
1972	33 200	1.3
1973	31 300	1.2
1974	35 900	1.3

Schon in ihren Voraussetzungen unterscheiden sich die beiden „Weltwirtschaftskrisen“ erheblich voneinander. War die Krise der dreißiger Jahre gewissermaßen die Perpetuierung früherer Verhältnisse mit der Tendenz zu deren radikaler Verschärfung, so setzte die Krise 1974 zu einem Zeitpunkt ein, in dem die Tendenz zu kontinuierlichem Wachstum und Vollbeschäftigung zur Gewohnheit geworden war. Waren schon die ökonomischen Krisenvoraussetzungen der weltweiten Rezession 1974ff. erheblich günstiger als 1929ff., so unterscheidet sich das politische Klima in der Zweiten Republik ganz wesentlich von jenem der Zwischenkriegszeit. Die Lebensfähigkeit Österreichs stand schon unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, jedenfalls in Österreich, nicht mehr in Frage; das Ringen um die wirtschaftliche und politische Souveränität der Republik während der zehn Jahre der Besatzung kann auch als Ausdruck einer „verspäteten“ nationalen Identitätsbildung (im Sinne Plessners) gesehen werden.

#### 4. Verlauf der Krisen

1929ff.

Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise im Herbst 1929 zeichnet sich ein tiefer Einbruch der Ökonomie von dem, wie oben gezeigt, ohnehin bereits niedrigen Produktionsniveau aus ab. Die Arbeitslosigkeit stieg rapide von ihrem bereits über 8 Prozent liegenden Sackel weiter an, die Verteilungsspielräume schrumpften drastisch. Dies führt in der Folge zu einer radikalen Reduktion der kurz vorher erst geschaffenen staatlichen Arbeitslosenunterstützung.

*Tabelle 5: Entwicklung des Bruttonationalprodukts 1929-1937<sup>24</sup>*

Änderung gegenüber Vorjahr in %		Volumenindices des BNP 1913 = 100	
1929	+ 1.5	1929	105.1
1930	- 2.8	1930	102.2
1931	- 8.0	1931	94.0
1932	-10.3	1932	84.3
1933	- 3.3	1933	81.5
1934	+ 0.8	1934	82.2
1935	+ 2.0	1935	83.8
1936	+ 2.9	1936	86.3
1937	+ 5.4	1937	90.9

Den Höhepunkt der Politik des Sozialsparens bildete das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz 1935. Es brachte eine Vereinheitlichung nach unten für alle Sozialversicherungszweige. Ergebnis dieser gesetzgeberisch verfügten Abdrängung der Arbeitslosen in die Armut war eine stark fallende Unterstütztenrate. 1929: 86 Prozent, 1933: 60 Prozent, 1936: 50 Prozent.

*Tabelle 6: Arbeitslose und Unterstützte (im Jahresdurchschnitt) 1928-1937<sup>30</sup>*

	Arbeitslose		Unterstützte	
1928	183 000	8.3%	156 185	85%
1929	192 000	8.8%	164 477	86%
1930	243 000	11.2%	208 389	86%
1931	334 000	15.4%	253 367	76%
1932	486 000	21.7%	309 968	66%
1933	557 000	26.0%	328 844	60%
1934	545 000	25.5%	278 527	53%
1935	515 000	24.1%	261 768	51%
1936	515 000	24.1%	259 187	50%
1937	464 000	21.7%	231 320	50%

Arbeitslosenquoten in % der Arbeitnehmer

Unterstütztenquoten in % der Arbeitslosen

Die Schwächung der Freien Gewerkschaften setzte bereits lange vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ein und wurde in ihr fortgesetzt: Betrag der Mitgliederstand 1921: 1.079.777, so bereits 1923: 869.763, 1929: 737.277, 1932 nur noch 520.162.

Daraus läßt sich schließen, daß der gewerkschaftliche Organisationsbestand nicht unmittelbar aus ökonomischen Gründen erodierte, sondern daß der Niedergang der Gewerkschaften vielmehr politisch vermittelt war. Die erste Weltwirtschaftskrise ist gekennzeichnet durch das brutale Durchschlagen von Systemproblemen auf die Lebenslagen. Sie war ökonomisch eine „schwere Depression“, die durch restriktive politische Maßnahmen noch verschärft wurde.

*1974ff.*

Die Weltwirtschaftskrise, die Mitte der siebziger Jahre einsetzte, läßt sich folgendermaßen charakterisieren: Zum einen treten hier Strukturprobleme bei anhaltender ökonomischer Leistungsfähigkeit auf. Es handelt sich insgesamt viel weniger um eine Krise der Produktion als um eine Krise der Verteilungsmechanismen. Zum anderen zeichnet sich die österreichische Politik in der

zweiten Hälfte der siebziger Jahre dadurch aus, daß sie die österreichische Wirtschaft und Gesellschaft von den internationalen Turbulenzen relativ erfolgreich abschirmte.<sup>31</sup> Erst seit dem Beginn der achtziger Jahre werden soziale Krisenfolgen in Österreich manifest. Bis Ende der siebziger Jahre überwog sozialpolitischer Ausbau. Seit dem Beginn der achtziger Jahre allerdings wird eine Ausgrenzungsdynamik zunehmend wirksam. Diese beruht weniger auf expliziten sozialstaatlichen Kürzungen, sondern ist in der Struktur des lohnarbeitszentrierten Systems sozialer Sicherung<sup>32</sup> selbst angelegt. Der Zugang zu den sozialstaatlichen Leistungen wird in dem Maße schwieriger, in dem es den Einzelnen nicht (mehr) möglich ist, die Zugangsvoraussetzungen des Systems sozialer Sicherung zu erfüllen. Wenn die Chancen, in ein „Normalarbeitsverhältnis“<sup>33</sup> zu gelangen abnehmen und Massenarbeitslosigkeit sich ausbreitet, werden aus den Zugangsvoraussetzungen Zugangshindernisse: Scheitern auf dem Arbeitsmarkt zieht Scheitern im System sozialer Sicherung nach sich. Mitte der achtziger Jahre, zugleich mit dem Ansteigen der Arbeitslosenraten auch in Österreich, wurde die Lohnarbeitszentriertheit der sozialen Sicherung noch explizit verstärkt, und in zunehmendem Maße finden sich nun auch Tendenzen zur Leistungskürzung. Trotz aller Unterschiede zeichnet sich in diesem Bereich ein Muster der Privatisierung von Krisenlasten ab, das jenem von 1929ff. verwandt ist.

Für die Entwicklung der Gewerkschaften in der Zweiten Republik war bereits die Ausgangslage anders. Sie konnten von Beginn an mit höherer Kooperationsbereitschaft der Unternehmerverbände und der Regierung rechnen.<sup>34</sup> Die Entwicklung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zeigen ein deutlich anderes Bild als in der ersten Republik. Die Mitgliederzahlen stiegen kontinuierlich bis zum Jahre 1984 (1.672.820 Mitglieder) an, mit einer Ausnahme in den Jahren 1982/83, in denen es zu geringfügigen Einbußen kam. Dazu kommt noch, daß der gesellschaftliche Einfluß der Gewerkschaften im Rahmen der Sozialpartnerschaft so verankert ist, daß er von aktuellen Mitgliederbewegungen relativ unabhängig ist.

### 5. Eine Systematik der Kriseninterpretationen

Unsere Untersuchung der Kriseninterpretationen beruht auf Auswertungen von Artikeln aus Tageszeitungen: Erfasst wurden die „Arbeiter-Zeitung“ und die „Neue Freie Presse“ für den Zeitraum ab 1929, die „AZ“ und „Die Presse“ für den Zeitraum ab 1974. Die Entscheidung für die „Arbeiter-Zeitung“, als

dem „Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs“, erfolgte aufgrund des expliziten Naheverhältnisses von „Freien Gewerkschaften“ und „Sozialdemokratischer Arbeiter-Partei“. <sup>35</sup> Im Falle der „Neuer Freier Presse“ waren insbesondere die Inhalte maßgeblich: In ihnen kommt einerseits die deutliche Nähe zum „Club Nationaler Wirtschaftsblock“, wie allgemein die Wahrnehmung der „Interessen der Wirtschaft“ zum Ausdruck. „AZ“ und „Die Presse“ waren nun zunächst als Nachfolge-Medien der beiden erstgenannten Zeitungen für unsere Zwecke prädestiniert. Dennoch läßt sich ihre Eignung als Untersuchungsobjekte auch inhaltlich rechtfertigen.

Die Verbindung der Interessen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes mit denen der SPÖ und damit deren Parteizeitung, der „AZ“ <sup>36</sup>, ist nicht mehr selbstverständlich. Denn im Gegensatz zu den Richtungsgewerkschaften der ersten Republik haben wir es heute in Österreich mit Einheitsgewerkschaften zu tun. Dennoch finden sich ausreichende Anhaltspunkte für die politische Nähe von „AZ“ und Österreichischem Gewerkschaftsbund (ÖGB). Es ist dies, zum einen, die Dominanz der sozialistischen Fraktionen innerhalb des ÖGB; zum anderen die starke personelle Verflechtung zwischen Gewerkschaftsbund und Regierung sowie zwischen Gewerkschaftsbund und der SP-Parlamentsfraktion. <sup>37</sup> „Die Presse“, als explizit „unabhängige Tageszeitung“, ist auch für den zweiten Untersuchungszeitraum vorrangig über Inhalte – als das (größte) „die Wirtschaft repräsentierende“ Tagblatt in Österreich – ausgewählt worden.

Es lassen sich für unsere Untersuchungszwecke zunächst zwei Grundtypen von interessengebundenen Kriseninterpretationsmustern unterscheiden:

1) Solche, in denen Interessen antagonistisch angeordnet sind und Krisenlösungen daher gegen andere Interessen (und deren eigene Krisenlösung) durchzusetzen sind. In diesem Fall werden Interessen als Standpunkte artikuliert.

2) Solche, in denen Interessen in Interdependenzzusammenhängen untereinander gesehen werden. Aus ihnen folgen Krisenlösungen, die im Interesse aller sind und die durch Beachtung von Funktionszusammenhängen herbeigeführt werden können. In diesem Fall erfolgt Interessenverfolgung, ohne expliziten Rekurs auf Interessenstandpunkte, durch Hinweis auf Funktionsanfordernisse von Ökonomie und Gesellschaft.

Vor dem Hintergrund dieser Unterscheidung läßt sich mit einfachen Mitteln der Umstand beschreiben, daß in kapitalistischen Marktwirtschaften Investoreninteressen per se gesellschaftlich funktionsrelevant sind. Diese Funktionsrelevanz teilt sich den Nicht-Produktionsmittelbesitzern darin mit,

## Krisen und ihre Interpretationen

daß ihre Lohneinkommenschancen abgeleitete Größen gelungener Kapitalverwertung sind, und sie teilt sich dem, in Beschäftigungsverantwortlichkeit und steuerlicher Abhängigkeit stehenden Staat darin mit, daß sein Handlungsspielraum sowohl von der Einnahmen- wie von der Ausgabenseite her gleichfalls von gelingender Kapitalverwertung abhängig ist. Dagegen können die Einkommensinteressen von Nicht-Produktionsmittelbesitzern nur unter spezifischen Bedingungen den Status von gesellschaftlichen Funktionsanforderungen für sich in Anspruch nehmen. Der Wandel von Kriseninterpretationen hin zu solchen, in denen eben dies der Fall ist, ist von besonderem theoretischen und politischen Interesse und wird daher unsere Aufmerksamkeit in besonderem Maße beanspruchen.

Unsere These ist, daß die wesentliche Differenz der Kriseninterpretationen von 1929ff. und 1974ff. darin besteht, daß die Bedeutung von Kriseninterpretationen, in denen Interessen interdependent-funktional angeordnet sind, zugenommen hat gegenüber solchen Interpretationen, die antagonistisch strukturiert sind.

Dieser Wandel hat allerdings - und dies ist die Anschlußthese - nicht alle Interessenpositionen in gleicher Weise betroffen. Wenn wir davon ausgehen, daß die Interessen der Investoren in kapitalistischen Marktgesellschaften schon aus der „Natur der Sache“ einen funktionsrelevanten Stellenwert beanspruchen können, dann muß dieser Wandel auf der anderen Seite zu verorten sein. Er betrifft also in erster Linie die Interpretation der Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer. Um diesen Wandel der Interessen-Interpretationen erfassen zu können, bedarf es einer Differenzierung der beiden oben eingeführten Grundtypen von Kriseninterpretationsmustern. Es müssen sich die Darstellungen von „Eigen-“ und „Fremd-Interesse“ sowohl auf Produktionsmittelbesitzer- wie auf Nicht-Produktionsmittelbesitzerseite unterscheiden lassen:

- 1 a) Antagonistische Interessenartikulation auf seiten der Produktionsmittelbesitzer besteht darin, daß die Durchsetzung des eigenen Interesses als funktionsnotwendig angesehen wird; die Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer dagegen als „Störfaktor“ interpretiert werden.
- 1 b) Anlagonistische Interessenartikulation auf seiten der Nicht-Produktionsmittelbesitzer interpretiert die eigene Interessenposition als „Standpunkt“. Dieser wird nicht ökonomisch-funktionalistisch begründet, sondern unter Bezug auf Gerechtigkeitsvorstellungen als legitim bezeichnet. Die Interessen der Investoren werden zwar als im Rahmen

der kapitalistischen Ökonomie funktionsrelevant, im Effekt aber als „anarchisch“ wahrgenommen.

- 2 a) „Kooperative“ (als Kurzformel für „in Interdependenzzusammenhängen gesehene“) Interessenartikulation auf seiten der Produktionsmittelbesitzer betont die funktionale Relevanz des eigenen Interesses. Den Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer wird bis zu einem gewissen Grade auch funktionale Relevanz zugestanden. Dies geht allerdings immer nur soweit, daß die eigenen Interessen dadurch nicht beeinträchtigt werden. Insofern verbleiben sie stets in einem vergleichsweise labilen Status.
- 2 b) „Kooperative“ Interessenartikulation auf seiten der Nicht-Produktionsmittelbesitzer anerkennt die funktionale Relevanz der Investoreninteressen „im Interesse aller“. Und ebenso wird die Verfolgung der Einkommensinteressen von Nicht-Produktionsmittelbesitzern als funktionsrelevant interpretiert. Beiderseitige „kooperative“ Interessenverfolgung hat zur Voraussetzung, daß ein elaborierter Interpretationsrahmen praktisch wirksam ist. Einen solchen Interpretationsrahmen bieten keynesianisch inspirierte Deutungsmuster.<sup>38</sup> Aus der kreislauftheoretischen Struktur des (vulgarisierten) Keynesianismus ergibt sich die Interdependenz aller gesellschaftlichen Interessen und der Bedingungen ihrer Realisierbarkeit. Auf dieser Grundlage kann sich ein Gesellschaftsbild entwickeln, in dem Gesellschaft nicht als Schauplatz der Auseinandersetzung konkurrierender Interessen, sondern als Gehäuse erscheint, in dem sich unterschiedliche Interessen in einer durch die systemische Funktionslogik vorgegebenen Anordnung unterbringen lassen. Die kreislauftheoretischen Elemente des Keynesianismus sind die Basis einer „instrumentellen“ Alltagsdeutung von Gesellschaft.<sup>39</sup> Die Hypothesen dieser Untersuchung lassen sich in das folgende Schema bringen:

## Krisen und ihre Interpretationen

### Hypothesenschema

	Produktionsmittelbesitzer definieren		Nicht-Produktions- mittelbesitzer definieren	
	eigene Interessen als	fremde	eigene Interessen als	fremde
1929ff.	funktions- relevant	Stör- faktor	Stand- punkt	funktions- relevant
1974ff.	funktions- relevant	funktions- relevant (labil)	funktions- relevant	funktions- relevant

Die folgenden Entwicklungen sind also von besonderem Interesse: Zum einen ist dies die Entwicklung der Definitionen der Interessen von Nicht-Produktionsmittelbesitzern durch die Produktionsmittelbesitzer, also die Entwicklung von „Störfaktor“ zu „funktionsrelevant (labil)“. Und zum anderen ist es die Entwicklung der Eigen-Interpretationen der Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer, also die Entwicklung von „Standpunkt“ zu „funktionsrelevant“.

Daran lassen sich zwei Thesen knüpfen:

1. Unsere These ist, daß insgesamt jene Kriseninterpretationen, in denen Interessen interdependent funktional angeordnet sind, 1974ff. gegenüber 1929ff. deutlich zugenommen haben.
2. Wir vermuten, daß dieser Wandel asymmetrisch stattgefunden hat. Er betrifft in erster Linie die Eigeninterpretationen und die Fremdinterpretationen der Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer. Dabei wiederum ist zu vermuten, daß die Anerkennung der Interessen von Nicht-Produktionsmittelbesitzern als funktionsrelevant in den Fremd-Interpretationen stets labil bleibt; daß möglicherweise mit dem Andauern der krisenhaften Funktionsprobleme der Ökonomie in der Gegenwart diese

Labilität zunimmt und damit die Funktionsrelevanz dieser Interessen außer in ihren Selbstinterpretation zunehmend wieder bestritten wird. Im Einzelnen erwarten wir die folgenden Ergebnisse.

*1929ff.*

Von Produktionsmittelbesitzer-Seite: Schuldzuweisungen an Arbeitnehmer und ihre Interessenvertretungen, Betonung der funktionalen Notwendigkeit der Beförderung der eigenen Interessen. Krisenlösung durch Zurückdrängen der Interessen von Nicht-Produktionsmittelbesitzern.

Von Nicht-Produktionsmittelbesitzer-Seite: Mehr oder weniger deutliches Anerkennen der funktionalen Relevanz der Investoren-Interessen und Schuldzuweisungen an Einzelne im Sinne des Vorwurfs betriebswirtschaftlicher Unzulänglichkeit, sowie Schuldzuweisungen an politische Gruppen. Krisenlösung durch „Systemüberwindung“ in mehr oder weniger radikaler Form.

*1974ff.*

Von Produktionsmittelbesitzer-Seite: Betonung der funktionalen Notwendigkeit eigener Interessen und (zögerndes) Anerkennen des funktionalen Stellenwertes „sonstiger“ Interessen, möglicherweise mit abnehmender Tendenz. Einbeziehen des Staates als krisenverursachenden „Dritten“. Krisenlösung durch Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Grundsätze.

Von Nicht-Produktionsmittelbesitzer-Seite: Betonung der funktionalen Relevanz der eigenen Interessen und der Relevanz von Investoreninteressen. Schuldzuweisungen an einzelne Manager. Krisenlösung durch ausgewogene Beförderung beider Interessen zum „Wohle aller“.

## **6. Kriseninterpretationen im Krisenvergleich**

*1929ff.*

Zu Beginn der Weltwirtschaftskrise, vom Herbst 1929 bis zur Mitte des Jahres 1930 machte die „Arbeiterzeitung“ (AZ) den innenpolitischen Gegner für die rasch ansteigende Arbeitslosigkeit verantwortlich: Als Ursache sieht sie „das verantwortungslose Treiben der Hahnenschwanzfaschisten“ (AZ, 7. 10. 1929), die „Bürgerkriegshetze der Heimwehren“ und die „Beunruhigung, die sie in weite Kreise der Bevölkerung getragen hat.“ (AZ, 25.9.1929) Erst im Sommer 1930 wird die „Weltwirtschaftskrise“ als zusätzliche Ursache der ökonomischen Schwierigkeiten bemerkt. (Vgl. AZ, 29.7.1930) Auch in der „Neuen Freien Presse“ wurde keineswegs von Anfang an die weltweit einsetzende

Krise für den Einbruch von Produktion und Beschäftigung verantwortlich gemacht. Als Ursache galt noch Ende 1930 ein „furchtbarer Mangel an Männern, die wirklich mit der Wirtschaft fühlen“ und „die Wirtschaftsfremdheit der Parteien.“ (NFP, 28.11.1939)

Im Jahre 1931 wenden sich die Schuldzuweisungen dann an den Staat und über den Staat an den Klassegegner. In der „Arbeiter-Zeitung“: „Nachdem es durch zehn Jahre bürgerlichen Regierens glücklich so weit gekommen ist, daß der Staat ein Bild der vollständigen Zerrüttung darstellt, redet man nur noch vom Sparen und Opfer bringen ...“ (A-Z, 3.6.1931) Und in der „Neuen Freien Presse“: „In unverantwortlicher Weise wurden die Staatsbudgets immer weiter und weiter angespannt, die Löhne selbst dort, wo sie scheidengerichtlich bestimmt wurden, fortgesetzt erhöht ...“ (NFP, 10.5.1931)

Dem entspricht die Einbettung der Kriseninterpretation in eine gesellschaftliche Fundamentalkritik. „Der Kapitalismus hat sich als unfähig erwiesen, durch seine sogenannte Ordnung der Wirtschaft, den Menschen auch nur die nackte Existenz zu sichern, hat angesichts gefüllter Speicher Millionen Menschen zu langsamem Verhungern und zur Hoffnungslosigkeit verurteilt.“ (A-Z, 15.12.1932) „Wohin führt der Weg? Niemand vermag gegenwärtig zu sagen, wohin der Weg der Weltwirtschaft führt. Eine Aufwärtsentwicklung oder auch nur ein Ansatz davon ist nirgends festzustellen ... Mit der kapitalistischen Weltwirtschaft bricht auch das politische Herrschaftssystem des Nachkriegskapitalismus zusammen. Fünfzig Jahre nach seinem [Marx] Tode erfüllt sich seine Voraussage: der Kapitalismus kann den Reichtum an Maschinen und Apparaten, an Rohstoffen und Lebensmitteln, den er selbst hervorgebracht hat, nicht mehr ausnützen. Die kapitalistische Produktionsweise ist zur Fessel der Produktivkräfte geworden - sie muß gesprengt werden.“ (A-Z, 1.1.1933)

Dem hält die „Neue Freie Presse“ auf der gleichen fundamentalen Ebene entgegen: „Der Kapitalismus ist im Jahre 1932 immer wieder totgesagt worden. Zu früh, wie es sich zeigt. Denn gerade dieses abgelaufene Wirtschaftsjahr hat den Beweis geliefert, daß der Kapitalismus trotz der unbegreiflichen Fehler vieler seiner prominenten Vertreter, trotz der politischen Einflüsse, die zeitweise jede wirtschaftliche Vernunft ertönen, in der Widerstandskraft ganz ungewöhnlich erstarkt ist.“ (NFP, 1.1.1933)

Bemerkenswert ist, daß die antagonistischen, kämpferischen Interpretationen der „Arbeiterzeitung“ nicht ohne Ausnahme durchgehalten werden. Tatsächlich finden sich in der „Arbeiter-Zeitung“ wiederholt Angebote zur Kooperation bis 1933. „Wer noch eine Spur von Verantwortungsgefühl hat, muß es endlich erkennen: alle Kräfte aller großen Klassen des Landes

müssen gegen die wirtschaftliche Not konzentriert werden!“ (A-Z, 19.11.1930)

Die „Arbeiter-Zeitung“ hebt auch hervor, daß sich die Sozialdemokratie selbst bereits in der geforderten Weise „gesamtverantwortlich“ verhält. „Die Partei handelt nicht aus Angst, wenn sie nicht schon das Signal zu letzten Schlacht gegeben hat, sondern aus Verantwortungsbewußtsein für das Land und für die Arbeiterklasse im besonderen.“ (Otto Bauer in: A-Z, 16.4.1933) Neben den Vorschlägen zur Krisenbekämpfung, wie zum Beispiel jenem zur „Beschaffung von Arbeit für die Arbeitslosen, Beschaffung von Arbeit für Gewerbe und Industrie“ (A-Z, 23.12.1933), oder „Erhöhung der Einkommenssteuer für höhere Einkommen und der Vermögenssteuer, anstelle jener der Zölle“ (A-Z, 30.3.1933), haben die allgemeineren Statements, die auf Kooperation mit dem Klassegegner zielen, vorwiegend den Charakter von Appellen. Darin ist stets die Bereitschaft angelegt, im Interesse der Krisenlösung auf die Verfolgung eigener Interessen zu verzichten. Dagegen ergeben sich Hinweise auf die funktionale Bedeutung der eigenen Interessen allenfalls unter dem „Gesichtspunkt von Ruhe und Ordnung“. (A-Z, 13.12.1930)

Die Interessen der Produktionsmittelbesitzer werden von der „Neuen Freien Presse“ ganz anders dargestellt. Ihr positiver Bezug zum „gesellschaftlichen Gesamtinteresse“ ist eindeutig. Es werde „nicht möglich sein, sich die Ohren zu versperren gegen die Feuerglocke der Wirtschaft, gegen die dröhnende Stimme der Wahrheit.“ (NFP, 28.11.1930) Zu Beginn der Krise wird auch hier abstrakt an „Alle“ appelliert. Später wandelt sich die Argumentationsstrategie zunehmend zum selbstbewußt vorgetragenen Argument, die Realisierung der Interessen der Produktionsmittelbesitzer sei „Sachzwang“ im Sinne ökonomischer Notwendigkeiten. „Was geschehen kann, um das drückende Übel zu lindern, muß geschehen. Beruhigung ist erforderlich, Freiheit von heftigen Spannungen, von ununterbrochenen Sticheleien. Es bedarf der Einsicht, daß schließlich die Privatwirtschaft doch immer wieder das Letzte bleibt, was die Krise zu bezwingen vermag.“ (NFP, 13.4.1933) Die Berücksichtigung der Interessen der Produktionsmittelbesitzer ist aber letztendlich nicht nur in deren, sondern in „aller“ Interesse. Denn: „Aus einer erträgnislos gewordenen Wirtschaft kann man den Arbeitnehmern nicht dauernd ihren Erwerb verbürgen.“ (NFP, 28.11.1930)

Die Anforderungen an die Verzichtsbereitschaft der Nicht-Produktionsmittelbesitzer sind freilich vorerst hoch: „Die Bevölkerung selbst muß sich endlich Rechenschaft geben, wie überaus gefahrvoll die wirtschaftliche Lage ist und daß es nur einen Ausweg gibt, der Katastrophe zu entgehen: die zeitweilig restlose Anpassung an Verhältnisse von an sich beklagenswerter

## Krisen und ihre Interpretationen

Kärglichkeit ist das einzige organische und wirksame Mittel, für die Zukunft bessere Lebensbedingungen zu schaffen.“ (NFP, 3.6.1931)

Die Folgen, die sich aus diesen „Tatsachen des Wirtschaftslebens“ ergeben, sind allenfalls unter caritativen Gesichtspunkten zu bedauern. Aber sie sind unvermeidlich, „mögen sie auch traurigster Art sein und jeden, der Mitleid hat mit den Armen und Elenden, zum tiefsten Schmerze veranlassen.“ (NFP, 28.12.1930) Mit einem vergleichbaren politischen Argumentationsmuster wird die Sozialdemokratie unmittelbar nach der Zerstörung des parlamentarischen Systems auf „später“ vertröstet. Es sei für die Sozialdemokratie „viel besser, die organische Entwicklung abzuwarten, die mit unentrinnbarer Notwendigkeit des Parlamentarismus, wenn auch in veränderter Form, zurückbringen wird.“ (NFP, 29.4.1933) Dieses Statement stand am Vorabend des Österreichischen Bürgerkriegs.

Die Argumentationsstrategie der Produktionsmittelbesitzer und ihrer Vertreter war erfolgreich. Sie war in dem Sinne erfolgreich, daß sie die Deutungsmuster lieferte, in deren Rahmen das Verbot der Freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, radikaler Sozialabbau und Verarmung eines großen Teils der Bevölkerung durchsetzbar und – als Maßnahmen im Sinne des „Gemeinwohls“ – auch legitimierbar wurden.

Der Sozialdemokratie ihrerseits verblieb, nachdem sämtliche Kooperationsangebote zurückgewiesen worden waren, nur noch der kämpferische Standpunkt, das vergebliche Ringen um Selbstbehauptung: „Die Regierung will eine Willkürherrschaft aufrichten. ... Der Geist der Revolution blieb Geist von unserem Geiste. So geloben wir, in ihrem Geiste zu kämpfen. Noch sind nicht alle Mätze vorbei; Neunzehnhundertdreiunddreißig und drei!“ (AZ, 13.3.1933)

Wir fassen zusammen. Die Interpretationen der Interessen im Kontext der ersten Weltwirtschaftskrise haben sich folgendermaßen entwickelt: In der „Neuen Freien Presse“ wird auf die funktionale Relevanz der Interessen der Produktionsmittelbesitzer insistiert. Zugleich wird den Nicht-Produktionsmittelbesitzern der Verzicht auf die Verfolgung ihrer „störenden“ Interessen abverlangt; mit der Perspektive, dies werde sich „später“ lohnen. In der „Arbeiter-Zeitung“ schwankt die Darstellung der Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer zwischen Radikalität und Anpassungsbereitschaft. Die Interessen der Produktionsmittelbesitzer werden als funktional relevant anerkannt. Die Angriffe der „Arbeiter-Zeitung“ richten sich gegen den politischen Gegner.

1974ff.

Eine Polarisierung der Interessenstandpunkte findet sich in den Kriseninterpretationen im Verlauf der „zweiten Weltwirtschaftskrise“ nicht. Das haben wir erwartet. Schon die Erklärungen der Wachstumseinbrüche im Winter 1974 und im Winter 1978 sind wesentlich homogener. Der Unterschied in den Kriseninterpretationen in der „AZ“ und der „Presse“ ist graduell. Während in der „AZ“ ausschließlich auf die „Krise der Weltwirtschaft“, die Österreich von außen in Mitleidenschaft zieht, rekurriert wird, werden in der „Presse“ die „hausgemachten Krisenfaktoren“ betont. Von der Seite der Regierungspartei (die SPÖ hatte von 1972 bis 1983 die absolute Mehrheit) wird auf den „Ölpreisschock“ verwiesen, der einerseits wohl strukturelle Defizite verstärkte, von denen Österreich sich allerdings dank des „sozial und politisch ruhigen Klimas“ weitgehend abkoppeln konnte (vgl. Finanzminister Androsch in AZ, 16.11.1975); wo es dennoch zu Einbrüchen in der Beschäftigung kam, wird dies mit betriebswirtschaftlichen Fehlern erklärt. „Die relativ günstigen Aussichten für 1979 schließen nicht aus, daß es regional, branchenweise oder bedingt durch Managementfehler Strukturprobleme gibt, so daß bestimmte Arbeitsplätze nicht gehalten werden können.“ (AZ, 14.12.1978) Der Erfolg des „österreichischen Wegs“ In der Krisenbewältigung wird wiederholt hervorgehoben: „Inmitten der schwersten Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren konnte die Vollbeschäftigung erhalten, die Inflationsrate gesenkt, die Währung stabil gehalten und das Leistungsbilanzdefizit drastisch gesenkt werden. Die Realeinkommen stiegen innerhalb von 10 Jahren um 50 Prozent, die Exporte konnten ständig erhöht werden.“ (AZ, 26.11.1978)

In der „Presse“ dagegen wird jener „österreichische Weg“ als Verursacher der krisenhaften Auswirkungen im Land gesehen; neben der weltweiten Rezession wird vor allem auf das wirtschaftspolitische Ungenügen der sozialdemokratischen Mehrheitsregierung verwiesen. „Es kracht im Gebälk der österreichischen Wirtschaft. Was jahrelang als ausländische Entwicklung abgetan wurde, kommt jetzt mit einiger Zeitverzögerung in die Alpen, aber doch nicht ganz unerwartet. ... Tatsächlich sind jetzt Arbeitsplätze in Gefahr.“ (Pr., 17.11.1978)

Unsere These für die Entwicklung der Kriseninterpretationen 1974ff. war, daß die Interpretationen viel deutlicher kooperativ angelegt sind. Wir erwarten also, daß die Verfolgung „aller“ partikularen Interessen als Funktionsvoraussetzung von Ökonomie und Gesellschaft anerkannt sind. Da die Interessen der Produktionsmittelbesitzer in ihrer funktionalen Bedeutung bereits in der ersten Weltwirtschaftskrise von Neuer Freier Presse und Arbeiter-Zeitung

## Krisen und ihre Interpretationen

anerkannt worden waren. richtet sich unsere Aufmerksamkeit jetzt auf den Wandel in den Interpretationen der Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer. Werden sie von der „AZ“ als funktionsrelevant dargestellt und von der „Presse“ so anerkannt? Die funktionale Relevanz der Interessen der Produktionsmittelbesitzer steht sowohl für die „AZ“ als auch für die „Presse“ außer Frage. Ein Unterschied zwischen den beiden Zeitungen besteht jedoch in der Einschätzung, ob diese funktionale Relevanz in der Wirtschaftspolitik ausreichend beachtet wird.

„Unsere Politik ist es, Arbeitslosigkeit im Ansatz zu verhindern. D.h.: gefährdete Betriebe zu stützen und expandierenden Betrieben Hilfe zu gewähren. Aus dieser Sicht kommt dieser Beitrag allen Bürgern zugute.“ (AZ, 21.II.1981) Die „Presse“ jedoch sieht die Förderung der Betriebe als nicht ausreichend an und klagt: „Daß nur Arbeitsplätze in gewinnbringenden Unternehmen sicher sind, wird schlicht ignoriert.“ (Pr., 21./22.11.1981) Und noch einmal, grundsätzlich, zur unterschiedlichen Einschätzung der Verfolgung des „Gemeinwohls“: „Wir haben auf billigen Opportunismus und unrealistische Versprechungen verzichtet – wir haben den Weg der politischen Seriosität gewagt und wahrhaftig das Wohl des Staates vor das Parteiinteresse gestellt.“ (Bundeskanzler Sinowatz in: AZ, 25.5.1984)

Dagegen die „Presse“, wieder anklagend: „Man hat einen Wohlfahrtsstaat etabliert, der die schwarzrote, dann die rote Dauerherrschaft absichern sollte, dabei aber selbstherrlich ignoriert, daß man nicht mittels Erlaß oder Partekonsens über die dazu erforderliche Wachstumsrate verfügen kann. Von dem, was unvermeidlich ist, daß nämlich alle etwas hergeben müssen, damit wir gemeinsam durchkommen, davon ist nichts zu hören.“ (Pr., 4./5.12.1982) In den siebziger Jahren waren „Arbeitsplatzsicherung“ und Erhaltung oder Ausbau der „sozialen Sicherheit“ auf Arbeitnehmerseite jene Ziele, die vorrangig angestrebt wurden und für die zumindest in programmatischen Stellungnahmen auch durchaus „antagonistisch“ argumentiert wurde. „Arbeitsplätze“ seien der „Prüfstein der Demokratie“. (AK-Präsident Czettel in: AZ, 23.11.1978) „Sozialdemokraten werden nicht nur dafür eintreten, die Verhältnisse zu ändern, die solche Krisen gebären, sondern auch ein besonderes Maß an Solidarität walten lassen müssen.“ (AZ, 15.11.1978)

Ab Beginn der achtziger Jahre dominiert ein anderes Muster der Interpretation. Vorrangig geht es jetzt darum, „Zurückhaltung in der Lohnpolitik“ (AZ, 11.6.1983) zu üben und „alles zu tun, um jede Behinderung der wirtschaftlichen Aufwärtstendenz zu verhindern.“ (AZ, 1.12.1984) Und auch in der Sozialpolitik zeigt sich die „Bereitschaft zu Anpassungshandlungen“ und „Abstrichen“. „Im Hinblick auf die angespannte Budgetsituation besteht

weitgehende Übereinstimmung, daß eine Überprüfung notwendig sein wird, ob das gegenwärtige Leistungsrecht in all seinen Details unverändert bleiben muß.“ (AZ, 31.5.1983) „Die Probleme der Anpassung unseres Wirtschafts- und Sozialsystems an geänderte Gegebenheiten blieb und bleibt uns nicht erspart.“ (Bundeskanzler Sinowatz in: AZ, 30.5.1984) Die Interpretation der Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer als funktional relevant wird von der „AZ“ zwar nicht fallengelassen, aber es wird doch wieder eine Rangordnung hergestellt: In erster Linie gilt es, Investoren-Interessen zu fördern. Die dazu notwendige Mäßigung der Interessenverfolgung der Nicht-Produktionsmittelbesitzer ist langfristig im Interesse aller: „Visionen werden doch wieder sehr klare Bezüge zur Wirtschaftsrealität aufweisen müssen.“ (AZ, 31.12.1983)

In der „Presse“ wird dieses Interpretationsmuster noch viel deutlicher vorgetragen. „Sallinger [der Präsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft] bezeichnete die Erhaltung der Arbeitsplätze als das derzeit wichtigste wirtschaftliche Problem. Die Regierung habe bisher nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß es auf Dauer sichere Arbeitsplätze nur in gesunden, ertragreichen Betrieben geben könne.“ (Pr., 25/26.11.1978)

Aber es finden sich in der „Presse“ nicht nur Interpretationen, die, wenn sie auch den Vorrang der Interessen der Produktionsmittelbesitzer betonen, insgesamt doch auf kooperative Kriseninterpretationen hinauslaufen. Entgegen unseren Erwartungen haben wir hier auch klar antagonistische Kriseninterpretationen gefunden. Angriffe auf den „Klassengegner“ gibt es in den siebziger Jahren vor allem beim Thema Lohnverhandlungen. Während in diesem Fall die Gewerkschaften der Gegner sind, orientieren sich die Angriffe in den achtziger Jahren zunehmend auf den Sozialstaat. Wie wird hier argumentiert? Wer ist hier der konkrete Gegner?

Einerseits wird auf das „gesellschaftliche Gesamtinteresse“ an Einsparungen im Bereich des Sozialen verwiesen. Und es wird die auf „Verschwendung“ hin angelegte Sozialpolitik der langjährigen Regierungspartei kritisiert: „Gezielte Hilfe für die sozial Schwachen müßte an die Stelle der derzeit praktizierten Verschwendungspolitik treten.“ (Pr., 20.11.1984) Andererseits werden Vorwürfe spezifisch adressiert. Der Wohlfahrtsstaat sei eine „Einladung an Sozialprofis“ (vgl. auch: Industrie, 21.3.1984, S. 8). „Das soziale Netz der Pensions-, Kranken- und Fürsorgeversorgung dieses Landes ist an Pfeilern verankert, die nicht mehr belastbar sind. Es ist für sie durch ständige Ausweitung von Ansprüchen, durch Mißbräuche da und dort wohl auch, durch zu große Dichte an manchen Stellen einfach zu schwer geworden. Die Zukunftspareole des Sozialstaats der nächsten Jahrzehnte kann nur lauten: Helft euch selbst.

soweit ihr könnt, sonst hilft allen bald niemand mehr ...“ (Pr., 15.11.1982) Der überraschend hohe Anteil an „antagonistischen“ Interpretationsmustern in der „Presse“ findet sich vorwiegend bei programmatischen Themen und Inhalten: der Argumentationsstil hat sich, im Unterschied zu jenem der „AZ“, darin nicht gravierend verändert. Ein letztes Beispiel: „Nur als getrennte Partner im Sinne der klassischen Konzeption sind Wirtschaft und Staat fähig, ihre Aufgaben zu erfüllen. Als Bürger sind wir aufgerufen, den Staat wieder ordnungsfähig, die Wirtschaft handlungsfähig zu machen.“ (Pr., 25.5.1984)

Wir fassen wieder zusammen. Für die Interpretationen der Interessen in der Zeit nach 1974 sind die folgenden Merkmale charakteristisch: In der „Presse“ werden die Interessen der Produktionsmittelbesitzer als selbstverständlich funktionsrelevant dargestellt. Die Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer werden als funktionsrelevant anerkannt, doch bleibt dies labil: Von Fall zu Fall werden sie den Interessen der Produktionsmittelbesitzer untergeordnet. Die Interpretationen in der „Presse“ schwanken zwischen programmatischem Antagonismus und pragmatischer Kooperation. In der „AZ“ werden die Interessen der Produktionsmittelbesitzer als funktionsrelevant anerkannt. Die Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer werden ebenfalls als funktionsrelevant interpretiert. Zugleich aber wird die deutliche Bereitschaft signalisiert, die Verfolgung dieser Interessen aufzuschieben.

## 7. Schluß

Wir waren von der These ausgegangen, daß Krisen nur als in ihrer Praxis bereits interpretierte Sachverhalte zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Krisenforschung werden können. Eine solche These läßt sich nicht einfach „beweisen“. Aber ihre Fruchtbarkeit läßt sich daran zeigen, daß mit ihr ein Typus von sozialwissenschaftlicher Krisenforschung angeleitet werden kann, der zum Verständnis der Konflikte in Krisen beiträgt und weiterführende Fragemöglichkeiten eröffnet.

Mit der Wahl einer Kriseninterpretation wird über Handlungsalternativen in der Krise entschieden. Eine Interpretation, welche die Ursache der Krise in überhöhten Forderungen der Lohn- und Sozialleistungsempfänger sieht, führt zu anderen Handlungsstrategien als eine Interpretation, welche die Krise auf einen Mangel an kaufkräftiger Nachfrage zurückführt. Unterschiedliche Handlungsstrategien begünstigen unterschiedliche gesellschaftliche Interessenpositionen. Mit der Wahl einer Kriseninterpretation wird daher über Chancen

der Interessendurchsetzung in der Krise entschieden. Aufgrund dieser engen Verknüpfung von Kriseninterpretationen und Chancen der Interessendurchsetzung ist die Wahl von Kriseninterpretationen selbst Gegenstand von Interessenkonflikten.<sup>40</sup> Unterschiedliche gesellschaftliche Interessengruppen sind an der Durchsetzung unterschiedlicher Kriseninterpretationen interessiert. Damit zugleich werden die unterschiedlichen Interessen selbst zentrales Thema der Kriseninterpretationen: In den Kriseninterpretationen geht es vor allem um die Frage, welcher Stellenwert unterschiedlichen Interessen für die Lösung der Krise zukommt. Die Kriseninterpretationen unterscheiden sich darin, welchen Stellenwert sie unterschiedlichen Interessen zuweisen. Der Stellenwert bestimmter Interessen in einer Kriseninterpretation entscheidet darüber, ob sich die Kriseninterpretation als Instrument zur Durchsetzung dieser bestimmten Interessen eignet. Wir haben in unserer Untersuchung versucht zu zeigen, daß die Produktionsmittelbesitzer in der Auseinandersetzung um strategisch günstige Kriseninterpretationen einen „natürlichen“ Vorteil haben: Die funktionale Relevanz ihrer Interessen ist leicht zu begründen und kaum zu bestreiten. Weniger selbstverständlich ist die Interpretation der Interessen der Nicht-Produktionsmittelbesitzer als funktionsrelevant. Eine solche Interpretation verlangt noch zusätzlichem Argumentationsaufwand. Systematisch am unwahrscheinlichsten, aber empirisch durchaus nachweisbar, ist der Fall, daß alle Interessen von „allen“ als funktional relevant angesehen werden. In der Logik einer solchen „kooperativen“ Kriseninterpretation kann es nur gemeinschaftliche Krisenlösungen und externe Hindernisse geben. Diese kooperativen Kriseninterpretationen führen daher konsequent zur Suche nach „äußeren Feinden“. Vielleicht ist dies eine moderne Variante der alten politischen Faustregel, daß Friede im Inneren Unfrieden nach außen zur Bedingung hat.

- 1 Ein paar sozialwissenschaftliche Beispiele: Ch. P. Kindleberger, *The Financial Crisis of the 1930s and the 1980s: Similarities and Differences*, in: *KYKLOS*, Vol. 41, (1988) No 2; von Roehl 1988; G. D. N. Worswick, *Two Great Depressions: The 1980s and the 1930s in Britain*, in: *Scottish Journal of Political Economy*, Vol. 31 (1984); G. Bohmann/G. Vobruba, *Krisenvergleich – Krise und Krisendeutung 1929ff. und 1974ff. in Österreich*, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, 33. Jg., 1987, H. 8.
- 2 P. Townsend, *Deprivation*, in: *Journal of Social Policy*, Vol. 16, 1987, Part 2.
- 3 N. Luhmann, *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, München 1981, S. 59.
- 4 Vgl. den Beitrag von K. Borchardt, *Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen*, in: K. Michalski (Hrsg.), *Über die Krise. Castelfandolfo-Gespräche 1985*, Stuttgart 1986, S. 142.
- 5 Vgl. H. Ganßmann/R. Weggler/M. Wolf, *„Krise des Sozialstaats“ – Krise für wen?* In: *Prokla* 67, Berlin 1988.
- 6 Vgl. D. Lockwood, *Soziale Integration und Systemintegration*, in: W. Zapf (Hrsg.), *Theorien*

## Krisen und ihre Interpretationen

- des sozialen Wandels. Köln 1979.
- 7 Vgl. G. Rohwer/R. Künzel/D. Ipsen. Marx und die gegenwärtige Akkumulationskrise: Überlegungen zur Theorie der Profitratenentwicklung, in: Prokla 57, Berlin 1984.
  - 8 M. Jänicke. Die Analyse des politischen Systems aus der Krisenperspektive, in: ders. (Hrsg.), Politische Systemkrisen, Köln 1973, S. 17.
  - 9 K. Borchardt, Wandlungen (Anm. 4), S.133.
  - 10 G. Vobruba. Jenseits der sozialen Fragen. Modernisierung und Transformation von Gesellschaftssystemen, Frankfurt a.M. 1991, S. 103f.
  - 11 Vgl. G. Bohmann/G. Vobruba. Krisenvergleich. Ein Vergleich der Krisenverläufe 1929ff. und 1974ff. in Österreich. Projekthericht für das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien 1986: diess., Krisenvergleich (Anm. 1).
  - 12 K. Borchardt, Wandlungen (Anm. 4), S. 143.
  - 13 K. Polanyi, Der Mechanismus der Weltwirtschaftskrise, in: ders., Ökonomie und Gesellschaft, Frankfurt a.M. 1979, S. 63f.
  - 14 K. Rothschild, Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur, in: W. Weber (Hrsg.), Österreichs Wirtschaftsstruktur gestern – heute – morgen, Berlin 1961, S. 51.
  - 15 Vgl. ebenda: F. Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich, Wien-München 1978; H. Kernbauer/F. Weber, Von der Inflation zur Depression, Österreichs Wirtschaft 1918-1934, in: E. Talos/W. Neugebauer (Hrsg.), „Austrofaschismus“, Wien 1984.
  - 16 Quelle: A. Kausel/N. Nemeth/H. Seidel, Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963. Monatsberichte des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Sonderheft 14, Wien 1965.
  - 17 Quelle: D. Stiefel, Arbeitslosigkeit, Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen – am Beispiel Österreichs 1918-1938, Berlin 1979, S. 29.
  - 18 Vgl. F. Kaufmann, Sozialdemokratie in Österreich (Anm. 15), S. 166.
  - 19 K. Polanyi, Der Mechanismus der Weltwirtschaftskrise (Anm. 13), S. 67.
  - 20 Vgl. K. Borchardt, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik, Göttingen 1982.
  - 21 Stolper, zit. bei D. Stiefel, Konjunkturelle Entwicklung und struktureller Wandel der österreichischen Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wien 1978.
  - 22 Szakosch, in: ebenda.
  - 23 P. Kulermann, Am Beispiel des Austromarxismus, Hamburg 1982, S. 216.
  - 24 H. Plessner, Die verspätete Nation, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 6, Frankfurt a.M. 1982.
  - 25 Vgl. das Parteiprogramm des SDAP von 1926, zit. nach K. Berchold (Hrsg.), Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, Wien 1967, S. 264. – Ein Passus, der übrigens erst 1933 aus dem Programm der Partei gestrichen wurde.
  - 26 Vgl. K. Rothschild, Wurzeln und Triebkräfte (Anm. 14), S. 106.
  - 27 Quelle: F. Butschek, Vollbeschäftigung in der Krise, Wien 1981, S. 88; K. Rothschild, Wurzeln und Triebkräfte (Anm. 14), S. 116f.
  - 28 Quelle: F. Butschek, Vollbeschäftigung (Anm. 27), S. 121f.
  - 29 Quelle: A. Kausel/N. Nemeth/H. Seidel, Österreichs Volkseinkommen (Anm. 16), S. 38 und 40 (eigene Berechnung).
  - 30 Quelle: D. Stiefel, Arbeitslosigkeit (Anm. 17), S. 29.
  - 31 Vgl. Fritz W. Scharpf, Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt a.M. 1987, S. 81f.
  - 32 G. Vobruba, Lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik in der Krise der Lohnarbeit, in: ders. (Hrsg.), Strukturwandel der Sozialpolitik, Lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik und soziale Grund-sicherung, Frankfurt a.M. 1990.
  - 33 U. Mückenberger, Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses, in: Zeitschrift für Sozialreform,

**Gerda Bohmann/Georg Vobruba**

H. 7 und 8, 1985.

- 34 Vgl. F. Traxler, Evolution gewerkschaftlicher Interessenvert
- 35 Vgl. F. Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, 2 Bde
- 36 Mittlerweile ist die „AZ“ erst privatisiert worden und dann b
- 37 Vgl. P. Gerlich, Sozialpartnerschaft und Regierungssystem, i  
(Hrsg.), Sozialpartnerschaft in der Krise, Wien-Köln-Graz 1!
- 38 Vgl. A. Przeworski, Social Democracy as a Historical Phenom  
1980: G. Vobruba, Politik mit dem Wohlfahrtsstaat, Frankfurt
- 39 Vgl. ebenda.
- 40 Vgl. G. Vobruba, Jenseits der sozialen Fragen (Anm. 10), S.